

SITZUNG N° 1/2016 vom 11. Januar 2016

Beginn: 14.00 Uhr

Anwesend:

C S V

WOLTER Michel, Bürgermeister
STURM Richard, Schöffe
PIRROTTE Frank, Rat
HAMES Joseph, Rat
SCHOLLER Guy, Rat

DÉI GRÉNG

SIEBENALER-THILL Josée-Anne, Schöffin
HANSEN Marc, Rat

B I G K

JEANPAUL Jeannot, Schöffe
ROBINET René, Rat

L S A P

CRUCHTEN Yves, Rat
THILL Jos, Rat, entschuldigt
FUSULIER Lucien, Rat
REUTER Fred, Rat
RUCKERT Arsène, Rat

D P

FUNCK Nico, Rat

UNABHÄNGIG

SCHMIT Danielle, Rätin

TAGESORDNUNG:

1. Mitteilungen des Schöffenrates.
2. Städteplanung – Gutheißen des neuen Bautenreglementes.
3. Gebühren, Tarife und Abgaben – Einführung einer Gebühr für „*Arrêté de fermeture de chantier*“.
4. Kautionen – Einführung einer Kaution für Parklifte.
5. Polizeidienststellen – Stellungnahme des Gemeinderates bezüglich der Zukunft der Polizeidienststelle in Niederkerschen.
6. Gebühren, Tarife und Abgaben – Einführung von Tarifen bezüglich der von der Kulturkommission organisierten Aktivitäten.
7. Immobilientransaktionen – Gutheißen der notariellen Urkunde, unterzeichnet zwischen dem Schöffenrat und der Gesellschaft „Tectum S.à r.l.“, bezüglich des Tauschs von Grundstücken im Ort „Avenue de Luxembourg“ in Niederkerschen.
8. Immobilientransaktionen – Gutheißen der notariellen Urkunde, unterzeichnet zwischen dem Schöffenrat und den Eheleuten Schiltz-Klein, Fingig, bezüglich des Erwerbs von Grundstücken mit einer Gesamtfläche von 76,90 Ar, im Rahmen des LIFE-Projektes.
9. Immobilientransaktionen – Gutheißen der notariellen Urkunde, unterzeichnet zwischen dem Schöffenrat und den Konsorten Richartz-Wester, Küntzig, bezüglich des Erwerbs von Grundstücken mit einer Gesamtfläche von 6,84 Ar, im Rahmen der Straßenbauarbeiten am CR110 zwischen Küntzig und Grass.
10. Immobilientransaktionen – Gutheißen der notariellen Urkunde, unterzeichnet zwischen dem Schöffenrat und Frau Charlotte Tompers, Küntzig, bezüglich des Erwerbs von Grundstücken mit einer Gesamtfläche von 1,65 Ar, im Rahmen der Straßenbauarbeiten am CR110 zwischen Küntzig und Grass.
11. Immobilientransaktionen – Gutheißen der notariellen Urkunde, unterzeichnet zwischen dem Schöffenrat und Frau Catherine Weidert, Küntzig, bezüglich des Erwerbs von Grundstücken

mit einer Gesamtfläche von 0,63 Ar, im Rahmen der Straßenbauarbeiten am CR110 zwischen Küntzig und Grass.

12. Kirchenfabrik Niederkerschen – Gutheißen der notariellen Urkunde, unterzeichnet zwischen der Kirchenfabrik Niederkerschen und Frau Carmen Wiroth bezüglich des Erwerbs einer Eigentumswohnung in Niederkerschen.
13. Immobilientransaktionen – Gutheißen der notariellen Urkunde, unterzeichnet zwischen dem Schöfferrat und der Gesellschaft „Longchamp S.à r.l.“ bezüglich der unentgeltlichen Überlassung eines Grundstücks im Rahmen des Siedlungsprojektes im Ort „Um Bechel“ in Niederkerschen.
14. Technischer Gemeindedienst – Schaffen eines Postens in der Laufbahn D des kommunalen Angestellten.
15. Personalangelegenheiten – Reduzierung des Beschäftigungsgrades einer Erzieherin in den Maisons Relais.
16. Personalangelegenheiten – Erhöhung des Beschäftigungsgrades einer Erzieherin in den Maisons Relais.
17. Personalangelegenheiten – Zeitlich begrenzte Erhöhung des Beschäftigungsgrades eines Erziehers in den Maisons Relais.
18. Nicht öffentliche Sitzung – Personalangelegenheiten – Ernennen eines kommunalen Angestellten.
19. Nicht öffentliche Sitzung – Personalangelegenheiten – Beförderung eines Beamten.
20. Nicht öffentliche Sitzung – Personalangelegenheiten – Kündigungsgesuch in den Maisons Relais.
21. Nicht öffentliche Sitzung – Personalangelegenheiten – Kündigungsgesuch in den Maisons Relais.
22. Fragen und Antworten.

Punkt 1: Mitteilungen des Schöfferrates.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Zunächst möchte ich allen Mitgliedern des Gemeinderates meine besten Glückwünsche für das neue Jahr ausdrücken. Nach dem Rücktritt von Herrn Eric Sassel konnte noch kein neues Gemeinderatsmitglied vereidigt werden, da die Prozedur im Innenministerium noch nicht abgeschlossen ist. Zudem hat sich für die heutige Sitzung Herr Thill entschuldigen lassen, da er im Ausland weilt.

Am 7. Dezember hat der Innenminister dem neuen Allgemeinen Bebauungsplan der Gemeinde Käerjeng seine Zustimmung gegeben. Der offizielle Aushang erfolgte am 18. Dezember, so dass die Gemeinde seit dem 21. Dezember 2015 offiziell über einen neuen „P.A.G.“ verfügt. Dies ist als letzter Baustein der Gemeindefusion anzusehen. Wir mussten allerdings nach einer Analyse feststellen, dass der Innenminister eine Abänderung vorgenommen hat, bezüglich der umstrittenen Klassifizierung der schützenswerten Gebäude. Diese Abänderung entspricht nicht dem, was im Gemeinderat diskutiert wurde. Darin sieht der Schöfferrat ein Problem, denn wir sind mit einem anderen Text in die Prozedur gegangen. Wir hatten den Reklamanten erklärt, dass die schützenswerten Gebäude abreissbar bleiben, wobei verschiedene Bedingungen eingehalten werden müssen. Durch die Abänderung des entsprechenden Artikels sind die mit einem Sternchen versehenen Gebäude künftig prinzipiell nur noch abreissbar unter Bedingungen, die nicht festgesetzt sind. Der Schöfferrat sieht es als seine Pflicht, die betroffenen Hauseigentümer schriftlich über diese Abänderung und ihre Möglichkeiten zum Einspruch zu informieren. In der Prozedur konnten die Eigentümer lediglich gegen die von uns formulierte Version reklamieren, nicht jedoch gegen den Text, der nun im Nachhinein vom Innenministerium verfasst wurde und sich substantiell von der ursprünglichen Version unterscheidet.

Am 16. Dezember 2015 erfolgte das Urteil des Zivilgerichts in der Angelegenheit zwischen der Gemeindeverwaltung und dem früheren Mitarbeiter Roland Siebenbour. Letzterem wurde vorgeworfen, dass er gewisse Geldsummen, welche er zuvor bei Bürgern einkassiert hatte, nicht bei der Gemeindekasse abgegeben habe. Das Gericht hat diese Vorwürfe bestätigt und Herrn Siebenbour dazu verurteilt, die Summen an die Gemeindekasse zurückzuerstatten.

Rat Yves CRUCHTEN (LSAP): In Sachen „P.A.G.“ wären wir froh, wenn wir eine Kopie des Schreibens des Innenministers haben könnten.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Der Beschluss des Innenministers wurde auf der gemeindeeigenen Internetseite veröffentlicht.

Rat Yves CRUCHTEN (LSAP): Zum Gerichtsprozess gegen Herrn Siebenbour möchte ich klarstellen, dass vom Gericht festgehalten wurde, dass Herr Siebenbour unvorsichtig gehandelt hat im Umgang mit gewissen Geldsummen und er als Gemeindebeamter die Verantwortung dafür trägt. Ich möchte nicht, dass der Eindruck entsteht, Herr Siebenbour wäre wegen Diebstahls verurteilt worden.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Das ist vielleicht Ihre Interpretation des Urteils. Wir haben das etwas anders interpretiert.

Punkt 2: Städteplanung – Gutheißen des neuen Bautenreglementes.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Bevor Frau Juttel uns das neue Bautenreglement vorstellen wird, möchte ich einleitend einige Erklärungen geben. Das abgeänderte Gesetz von 2004 bezüglich der kommunalen Städteplanung verpflichtet jede Gemeinde zum Erlassen eines eigenen Bautenreglementes. Seit diesem Gesetz ist das Bautenreglement ein separates Dokument und nicht mehr Bestandteil des „P.A.G.“.

Im Jahr 2013 wurde vom Innenministerium eine Modellvorschrift vorgegeben, an der wir uns stark orientiert haben. Natürlich mussten wir an einigen Stellen Anpassungen vornehmen. Das nun vorliegende Dokument wurde im Lauf des vergangenen Jahres sowohl im Schöffenrat und in der Bautenkommission als auch im technischen Dienst diskutiert.

Die Gemeindearchitektin Carole JUTTEL führte durch die einzelnen Kapitel des neuen Bautenreglementes. Das integrale Dokument kann in Kürze auf der Internetpräsenz der Gemeinde Käerjeng (www.kaerjeng.lu) konsultiert werden.

Rat Yves CRUCHTEN (LSAP): Ich möchte gleich klarstellen, dass die LSAP in großen Zügen der hier vorgestellten Verordnung ihre Zustimmung geben kann. Wir begrüßen die Tatsache, dass sich an der ministeriellen Vorgabe orientiert wurde, und möchten lediglich zwei Vorschläge unterbreiten, um das Dokument zu ergänzen.

Einerseits möchten wir beim Artikel 12 hinzufügen „*sur présentation d’une permission de voirie*“. Andererseits sind wir der Ansicht, dass man hinzufügen sollte, dass die kommunale Bautenkommission zu jeder Baugenehmigung konsultiert wird. Zudem möchten wir, dass die Mitglieder der Bautenkommission bei der Einberufung einer Versammlung im Vorfeld über die einzelnen Genehmigungen informiert werden und die genaue Adresse der betroffenen Bauten angegeben werden, damit die Kommissionsmitglieder sich ein Bild von der Angelegenheit machen können. Auch sollte nach jeder Kommissionssitzung ein Bericht an die Mitglieder der Bautenkommission und des Gemeinderates geschickt werden.

Frau Carole JUTTEL (Gemeindearchitektin): Mit der vorgeschlagenen Ergänzung des Artikels 12 könnte der Bürgermeister eine Abweichung zu den in diesem Artikel behandelten Bestimmungen nur dann genehmigen, wenn eine staatliche Baugenehmigung vorliegt, was nicht in unserem Interesse ist.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Was die Ergänzung bezüglich der Bautenkommission angeht, so wollten wir uns an die Vorgabe des Innenministeriums halten. Ich bin jedoch damit einverstanden, dass man hinzufügt, dass den Kommissionsmitgliedern nach der Sitzung ein Bericht ausgehändigt wird. Was die Adressen zu den jeweiligen Genehmigungen angeht, so wollten wir genau dies verhindern, da wir der Ansicht sind, dass die Mitglieder der Kommission sich ihre Meinung neutral und aufgrund der einzelnen Dossiers bilden sollen und unabhängig von den betroffenen Eigentümern.

Einstimmiger Beschluss.

Punkt 3: Gebühren, Tarife und Abgaben – Einführung einer Gebühr für „Arrêté de fermeture de chantier“.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Dieser Punkt ist eine Konsequenz des vorigen. Leider sind wir heute des Öfteren gezwungen, Baustellen zu schließen, da sich viele Bauherren nicht an die Genehmigungen halten. Diese Umstände bedeuten einen relativ hohen Arbeitsaufwand für unsere Mitarbeiter, weswegen wir eine Gebühr von 200 € einführen möchten.

Einstimmiger Beschluss.

Punkt 4: Kautionen – Einführung einer Kaution für Parklifte.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Auch hier handelt es sich um eine logische Folge des Bautenreglementes. Parklifte sind in größeren Gemeinden bereits seit einiger Zeit nicht mehr unüblich. Da es oft nicht anders möglich ist, die vorgeschriebene Anzahl an Garagenstellplätzen bei Mehrfamilienhäusern zu schaffen, werden solche Parklifte auch vermehrt in Käerjeng geplant. Diese Apparaturen sind sehr kostspielig, was die Kaution von 50.000 € erklärt.

Rat Yves CRUCHTEN (LSAP): Das ist in der Tat eine recht hohe Kaution. Wird diese auch bei Einfamilienhäusern verlangt, falls ein Parklift geplant ist?

Frau Carole JUTTEL (Gemeindearchitektin): Bei Einfamilienhäusern ist der Bauherr verpflichtet, mindestens einen Garagenstellplatz zu schaffen. Von daher spielt diese Bedingung nicht bei Einfamilienhäusern. Es geht darum, dass bei Mehrfamilienhäusern mindestens anderthalb Stellplätze pro Wohneinheit obligatorisch sind. Wenn ein Bauunternehmer beispielsweise angibt, aus 8 Stellplätzen mit Hilfe von Parkliften deren 16 zu realisieren, garantiert die Kaution uns, dass dies im Endeffekt auch wirklich passiert.

Rat René ROBINET (BIGK): Es gibt auch Parklifte, die mehrere Stellplätze erreichen. Wie wird die Kaution in diesem Fall gehandhabt?

Frau Carole JUTTEL (Gemeindearchitektin): Die Anzahl der verlangten Kautionen richtet sich jeweils nach der Anzahl an Stellplätzen, welche nur per Parklift erreichbar sind.

Einstimmiger Beschluss.

Punkt 5: Polizeidienststellen – Stellungnahme des Gemeinderates bezüglich der Zukunft der Polizeidienststelle in Niederkerschen.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Mit Erstaunen mussten wir kürzlich durch die Presse erfahren, dass die örtliche Polizeidienststelle in Niederkerschen geschlossen werden soll. Per Schreiben vom 23. Dezember 2015 wurde uns diese Neuigkeit vom Minister für Innere Sicherheit bestätigt. Der Minister basiert sich in seinem Schreiben auf die interne Prüfung des Polizeikorps welche für die Öffentlichkeit nicht einsehbar ist. Als Abgeordneter konnte ich mir jedoch einen Überblick über die Prüfung verschaffen und musste dabei feststellen, dass zwischen der internen Prüfung und der Schließung der Käerjenger Dienststelle keine Verbindung besteht. Als Bürgermeister bin ich der Ansicht, dass es auch künftig sowohl eine Interventionspolizei als auch Proximitätskommissariate geben muss. Es scheint jedoch, als ob man ohne jedwede öffentliche Debatte die Proximitätskommissariate stark reduzieren möchte. Weder die betroffenen Bürgermeister noch das Syvicol wurden bisher informiert.

Für die neuntgrößte Gemeinde im Land ist ein Proximitätskommissariat von hoher Wichtigkeit in Sachen Prävention und Zusammenarbeit mit der Gemeindeverwaltung. Ich frage mich, wie das Verhältnis zwischen Bürgermeister und örtlicher Polizei aussehen soll, wenn es landesweit zur Schließung vieler Proximitätskommissariate kommen sollte. Deshalb möchte der Schöffenrat eine öffentliche Diskussion im Gemeinderat führen, um klarzustellen, dass es uns allen wichtig ist, dass das Proximitätskommissariat in Niederkerschen in seiner aktuellen Stärke bestehen bleibt.

Am Ende seines Schreibens lädt der Minister die betroffenen Bürgermeister zu einer Unterredung ein, um über die Angelegenheit zu diskutieren, und beteuert, dass es zu keiner Schließung ohne die Einwilligung der kommunalen Verantwortlichen kommen wird. Selbstverständlich wird der Schöffenrat dieser Einladung folgen, und wir wären erfreut, wenn wir dann verkünden könnten, dass der Gemeinderat von Käerjeng sich einstimmig gegen die Schließung des Kommissariats von Niederkerschen ausspricht.

Rat Yves CRUCHTEN (LSAP): Dies ist ein wichtiges Thema, und die LSAP hält an einer lokalen Polizei fest. Es fällt uns allerdings etwas schwer zu diskutieren, da wir nicht wissen, wie der Gegenvorschlag aussieht. Der Wunsch dieser Umstrukturierung kommt aus dem Polizeikorps, von daher denke ich, dass man sich Gedanken gemacht hat, wie besser und effizienter gearbeitet werden kann.

Wenn wir heute eine Resolution verfassen sollen, bin ich der Ansicht, dass uns zu viele Informationen fehlen. Geht es jedoch lediglich um die prinzipielle Position bezüglich des Erhalts eines Proximitätskommissariats, so können wir uns dem Schöffenrat anschließen.

Rat Marc HANSEN (déi gréng): Déi gréng stellen fest, dass wir es bei der Polizeireform mit einem komplexen nationalen Dossier zu tun haben, welches noch nicht abgeschlossen ist und bisher auf kommunaler Ebene weder vorgestellt noch diskutiert wurde. Für unsere Stellungnahme müssen wir uns also darauf basieren, was wir aus der Presse wissen. Genau dies möchte Minister Schneider mit den Gemeindeverantwortlichen diskutieren.

Wir sehen unsere Intervention als Diskussionsbasis für ein Gespräch mit dem Minister, um schlussendlich in Käerjeng eine Polizeipräsenz zu haben, die effizient im Sinne der Bürger arbeiten kann.

Was uns heute interessiert, sind die regionalen Strukturen der Polizei. Hier sollen aus sechs Regionen nur noch vier werden. Die bestehenden Proximitätskommissariate und Interventionskommissariate sollen fusionieren und somit zu „Commissariats de proximité et d'intervention“ werden, beziehungsweise einzelne Proximitätskommissariate zusammengeschlossen werden. Zudem sollen weitere Polizisten eingestellt werden. Dies sollte es ermöglichen, den Kommissariaten genügend Personal zur Verfügung zu stellen um ihre Missionen besser zu erfüllen.

Diese Reorganisation ist wichtig, da seit Längerem gewusst ist, dass die Polizei nicht genügend Personal hat, um die 52 Proximitätskommissariate optimal zu besetzen. Durch den Zusammenschluss der Kommissariate soll man effizienter arbeiten und mehr Außeneinsätze fahren können. Die Kriterien der Reorganisation sind, dass kein Ort weiter als 10 Kilometer von der nächsten Dienststelle entfernt sein soll, dass auch die kleinsten Kommissariate im 2-Schichten-Betrieb arbeiten sollen und ein besserer Dienst am Bürger geleistet werden soll.

In diesem Rahmen haben wir uns die Frage gestellt, wie wir die Arbeit der Polizei in Käerjeng sehen. Déi gréng sind der Ansicht, dass die Polizei nach den Bedürfnissen der Bevölkerung sehen muss, nah beim Bürger ist und ihm zuhört, und im Bedarfsfall schnell vor Ort ist. Es stellt sich die Frage, ob man all dies erreicht durch mehr oder doch durch weniger Regionalisierung.

Nach den letzten Plänen vom Dezember 2015 soll das Proximitätskommissariat von Niederkerschen geschlossen und mit jenem in Petingen zusammengelegt werden, was jedoch noch diskutiert wird. Déi gréng fragen sich, wieso Niederkerschen geschlossen werden soll. Welche Kriterien haben zu diesem Entschluss geführt, und gibt es Statistiken, die ihn untermauern? Gab es Kritiken an der Funktionsweise der Dienststelle? Auf all diese Fragen haben wir keine Antworten, so dass wir nicht wissen, ob der Entschluss gerechtfertigt ist oder nicht? Daneben muss man zu bedenken geben, dass Käerjeng die neuntgrößte Gemeinde ist und zudem als „commune prioritaire“ noch wachsen soll.

Déi gréng haben auch den Eindruck, dass die Polizeiarbeit in Käerjeng derzeit gut funktioniert. Die Zusammenarbeit mit der Gemeinde klappt gut und die Polizeibeamten kennen die einzelnen Ortschaften der Gemeinde sehr gut. Es stellt sich die Frage, ob nach der Schließung eine oder mehrere Personen für Käerjeng zuständig wären, um eine Kontinuität der Polizeiarbeit zu garantieren. Zudem fragen wir uns, ob die Präventionsarbeit in Bereichen wie Schule, Jugend und Drittes Alter genauso gut weitergeführt werden könnte. Zuletzt muss man bemerken, dass wir demnächst ganz nah an der Sassenheimer Justizvollzugsanstalt sein werden.

Wir fragen uns, ob die Niederkerschener Dienststelle wirklich geschlossen werden muss. Wir zweifeln daran, dass der Proximitätsdienst besser sein wird, wenn die Dienststelle für Käerjeng in Petingen ist. Déi gréng möchten jedenfalls, dass die Dienste, die derzeit gut funktionieren, auch nach der Reform noch ebenso gut funktionieren. Die Nähe zum Bürger muss erhalten bleiben. Aus all diesen Gründen sind wir der Ansicht, dass das Proximitätskommissariat in Niederkerschen erhalten bleiben soll.

Rat Nico FUNCK (DP): Die DP Käerjeng ist der Ansicht, dass die Gemeinde nach der Fusion gewachsen ist und dementsprechend die Polizeidienststelle angepasst werden muss. Dafür benötigen wir konkrete Zahlen: wie sind in der Praxis die Kommissariate Käerjeng, Petingen und Differdingen heute besetzt und wie soll das in der Zukunft aussehen?

Es gibt immer mehr Einbrüche, Verkehrsdelikte und Kriminalität. Dies kann nur durch eine verstärkte Polizeipräsenz unterbunden werden. Wir wollen mehr Polizeipräsenz in unserer Gemeinde als das bisher der Fall war, um die Sicherheit unserer Mitbürger zu gewährleisten. Die Dienststelle sollte über mehr Personal verfügen und nicht bloß zu Bürostunden geöffnet sein. Wir möchten ein Kommissariat mit mehr Präsenz und mehr Sicherheit für unsere Bürger.

Rat René ROBINET (BIGK): Die Polizeidienststelle in Niederkerschen verfügt über ein Effektiv von sechs Beamten und einem Halbtagsposten für den Empfang. Durch die Gemeindefusion wurde das Personal um einen Beamten aufgestockt.

Wieso soll die Käerjenger Polizei, mit einem ländlicheren Charakter, anders eingestuft werden als die Polizei in Petingen, Differdingen oder Esch/Alzette? Die Gemeinde Käerjeng soll ihre Dienststelle behalten, denn sie hat mehr als 10.000 Einwohner und wir sind der Ansicht, dass deren Sicherheit garantiert bleiben muss, was wir im Fall einer Schließung eher pessimistisch als optimistisch sehen.

Ich weiß nicht, wie lange es vor der Fusion zwischen Polizei und Gendarmerie in Niederkerschen bereits eine Gendarmerie-Dienststelle gab, doch sie war seit eh und je notwendig. Als BIGK bedauern wir, dass der Minister für Innere Sicherheit beschlossen hat, dass das Kommissariat in Käerjeng geschlossen werden soll, so wie er uns das in seinem Schreiben vom 23.12.2015 mitteilt. In einer Unterredung am 1. Februar 2016 sollen die Gemeindepolitiker nun Näheres erfahren.

Als BIGK sind wir der Ansicht, dass die Gemeinde Käerjeng ein Proximitätskommissariat behalten soll. Wir haben kein Problem damit, dass eine Fusion mit Petingen gemacht wird, denn derzeit wird die Käerjenger Polizeipräsenz nach den Bürostunden von der Dienststelle Differdingen übernommen, und das kann auch mit Petingen klappen. Auch möchten wir die Stellungnahme des Syvicol kennen. Wir hoffen, dass wir am 1. Februar weitere Informationen erhalten und das letzte Wort über die Käerjenger Dienststelle noch nicht gesprochen ist.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Ich schließe mich der fundamentalen Kritik der einzelnen Parteien an. Es fehlen Zahlen und Berichte. Sicherlich existieren sie, doch sie sind nicht Teil des Dossiers, welches aus unserer Sicht bisher lediglich aus dem Brief des Ministers besteht.

Die interne Prüfung müsste meiner Ansicht nach öffentlich gemacht werden. Es wird darin festgestellt, dass die Kommissariate derzeit gut aufgestellt sind und gut funktionieren. Trotzdem gelangt man zum Schluss, dass eine Reorganisation von Nöten sei.

Wir wollten zu diesem Zeitpunkt noch keine Resolution verfassen, da uns schlichtweg die nötigen Informationen fehlen, doch es war uns wichtig, dass wir dem Minister mitteilen können, dass im Käerjenger Gemeinderat ein Konsens besteht, was den Erhalt des Kommissariats angeht.

Rat Yves CRUCHTEN (LSAP): Abhängig von der Reaktion des Ministers schlage ich vor, dass wir uns anschließend zusammensetzen und eine parteiübergreifende Resolution verfassen.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Dem stimme ich zu, sollte es denn nötig sein. Ich gehe davon aus, dass der Minister hinter seinem Wort steht, wenn er sagt, dass eine Schließung nur mit dem Einverständnis der Gemeindeverantwortlichen geschieht.

Punkt 6: Gebühren, Tarife und Abgaben – Einführung von Tarifen bezüglich der von der Kulturkommission organisierten Aktivitäten.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Hier geht es darum, gemäß den Bestimmungen des Gemeindegesetzes für einzelne Aktivitäten, die von der Kulturkommission organisiert werden, Tarife festzulegen.

Rat Yves CRUCHTEN (LSAP): Es ist der richtige Weg, diese Tarife festzulegen, doch wir möchten noch einmal erinnern, dass man durchaus auch reduzierte Tarife für Studenten anbieten könnte, zumal es sich um kulturelle Manifestationen handelt.

Schöffin Josée-Anne SIEBENALER-THILL (déi gréng): Die Manifestationen, die von der Gemeinde oder einer kommunalen Kommission organisiert werden, werden zumeist bereits zu reduzierten Tarifen angeboten, da es uns nicht darum geht Gewinne zu erzielen.

Einstimmiger Beschluss.

Punkt 7: Immobilientransaktionen – Gutheißen der notariellen Urkunde, unterzeichnet zwischen dem Schöffenrat und der Gesellschaft „Tectum S.à r.l.“, bezüglich des Tauschs von Grundstücken im Ort „Avenue de Luxembourg“ in Niederkerschen.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Mit dieser Transaktion wird die Zufahrt gewährleistet zu den Flächen, auf denen in absehbarer Zeit das Altersheim und die Flüchtlingsinfrastrukturen gebaut werden. Der Preis entspricht dem aktuellen Marktwert, da es sich um ein ausgewiesenes Baugrundstück handelt. Bei diesem Tauschgeschäft zahlt die Gemeinde der Gesellschaft „Tectum S.à r.l.“ einen Ausgleich von 1.079.250 €. Laut einer Verkehrsstudie ist dies die einzig ideale Möglichkeit, um die Zufahrt zu gewährleisten.

Einstimmiger Beschluss.

Punkt 8: Immobilientransaktionen – Gutheißen der notariellen Urkunde, unterzeichnet zwischen dem Schöffenrat und den Eheleuten Schiltz-Klein, Fingig, bezüglich des Erwerbs von Grundstücken mit einer Gesamtfläche von 76,90 Ar, im Rahmen des LIFE-Projektes.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Im Rahmen des europäischen LIFE-Projektes erwirbt die Gemeinde vier Grundstücke im Fingiger Ort „Im Nachtbann“ zum Preis von 28.453 €.

Einstimmiger Beschluss.

Punkt 9: Immobilientransaktionen – Gutheißen der notariellen Urkunde, unterzeichnet zwischen dem Schöffenrat und den Konsorten Richartz-Wester, Küntzig, bezüglich des Erwerbs von Grundstücken mit einer Gesamtfläche von 6,84 Ar, im Rahmen der Straßenbauarbeiten am CR110 zwischen Küntzig und Grass.

Punkt 10: Immobilientransaktionen – Gutheißen der notariellen Urkunde, unterzeichnet zwischen dem Schöffenrat und Frau Charlotte Tompers, Küntzig, bezüglich des Erwerbs von Grundstücken mit einer Gesamtfläche von 1,65 Ar, im Rahmen der Straßenbauarbeiten am CR110 zwischen Küntzig und Grass.

Punkt 11: Immobilientransaktionen – Gutheißen der notariellen Urkunde, unterzeichnet zwischen dem Schöffenrat und Frau Catherine Weidert, Küntzig, bezüglich des Erwerbs von Grundstücken mit einer Gesamtfläche von 0,63 Ar, im Rahmen der Straßenbauarbeiten am CR110 zwischen Küntzig und Grass.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Mit diesen drei Punkten der Tagesordnung werden weitere Situationen bereinigt im Rahmen der Straßenbauarbeiten am CR110. Die Transaktionen werden jeweils getätigt zu einem Preis von 350 € pro Ar.

Punkt 9: Einstimmiger Beschluss.

Punkt 10: Einstimmiger Beschluss.

Punkt 11: Einstimmiger Beschluss.

Punkt 12: Kirchenfabrik Niederkerschen – Gutheißen der notariellen Urkunde, unterzeichnet zwischen der Kirchenfabrik Niederkerschen und Frau Carmen Wiroth bezüglich des Erwerbs einer Eigentumswohnung in Niederkerschen.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Gemäß den gesetzlichen Bestimmungen ist der Gemeinderat dazu aufgerufen, sich zum Erwerb einer Eigentumswohnung durch die Niederkerschener Kirchenfabrik zu äußern. Die Transaktion findet statt zum Preis von 380.000 €

Gemäß den Bestimmungen des Gemeindegesetzes hat Rat Joseph HAMES (CSV), als Vorsitzender der Kirchenfabrik, weder an der Diskussion noch an der Abstimmung teilgenommen.

Einstimmiger Beschluss.

Punkt 13: Immobilientransaktionen – Gutheißen der notariellen Urkunde, unterzeichnet zwischen dem Schöffenrat und der Gesellschaft „Longchamp S.à r.l.“ bezüglich der unentgeltlichen Überlassung eines Grundstücks im Rahmen des Siedlungsprojektes im Ort „Um Bechel“ in Niederkerschen.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Mit dieser Urkunde schließen wir ein langwieriges Projekt ab. Dies sollte die letzte Transaktion bezüglich des Siedlungsprojektes „Um Bëchel“ sein.

Einstimmiger Beschluss.

Punkt 14: Technischer Gemeindedienst – Schaffen eines Postens in der Laufbahn D des kommunalen Angestellten.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Es entspricht nicht der üblichen Vorgehensweise, in einer einzigen Sitzung einen Posten zu schaffen und ihn gleich zu besetzen, doch dies hat seinen Grund. Im Rahmen der Studie über den technischen Dienst hatten wir beschlossen, einen Posten zu schaffen, um den Handwerkermeister Raymond Betz nach seiner Pensionierung zu ersetzen. Wissend dass es sich hier um einen ganz spezifischen Posten handelt, haben wir, so wie es andere Gemeinden auch schon getan haben, zunächst eine sehr breite Ausschreibung getätigt, um zu sehen, welche Bewerbungen eingereicht würden. Wir konnten einen Kandidaten ausmachen, der den Ansprüchen des Postens gerecht wird. Nun möchten wir den Gemeinderat bitten, diesem Technikerposten seine Zustimmung zu geben. Der Schöffenrat präzisiert noch einmal, dass diese Vorgehensweise lediglich eine Ausnahme sein wird.

Rat Fred REUTER (LSAP): So weit wir informiert sind, wird Herr Betz frühestens in fünf Jahren und spätestens in zwölf Jahren in den Ruhestand treten. Deshalb stellt sich uns die Frage nach der Opportunität, diesen Posten jetzt bereits zu schaffen. Im kommerziellen Sektor ist es üblich, einen Posten während einem Jahr zu verdoppeln, um den neuen Mitarbeiter in seine Aufgaben einzuführen.

Rat Marc HANSEN (déi gréng): Wir sind der Ansicht, dass dies absolut sinnvoll ist, da der Wissensschatz und das Know-How von Herrn Betz unwahrscheinlich groß sind und es gilt, dieses Wissen für die Zukunft der Gemeinde zu sichern. Außerdem wurde bei der internen Prüfung festgestellt, dass es durchaus eine Entlastung in diesem Bereich nötig ist.

Rat Yves CRUCHTEN (LSAP): Als uns das neue Organigramm vorgestellt wurde, war stets die Rede davon, Herrn Betz zu ersetzen. Es wurde jedoch auch vom Rat Frank Pirrotte erklärt, dass zunächst nur die Posten geschaffen werden, welche zu diesem Zeitpunkt wirklich notwendig sind. Außerdem ersetzen wir einen Handwerkermeister durch einen kommunalen Angestellten in der Laufbahn D. Wäre es nicht sinnvoller gewesen, einen Handwerkermeister zu suchen?

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Wie ich bereits erklärt habe, handelt es sich um einen sehr spezifischen Posten, und wir sind froh, dass wir einen Kandidaten gefunden haben, der den

Erwartungen gerecht wird. Dieser hat nun mal eine Techniker-Ausbildung. Das Gebiet der Haustechnik ist ein breit gefächertes Bereich.

Schöffin Josée-Anne SIEBENALER-THILL (déi gréng): Man muss dazu sagen, dass im Fall der Abwesenheit von Herrn Betz, sei dies durch Urlaub oder Krankenschein, einige Arbeiten nicht ausgeführt werden können. Wir ersehen es als sinnvoll diesen Posten durch eine Person zu verstärken, die somit auch Zeit hat, sämtliche Installationen in unseren Gemeindegebäuden schriftlich zu dokumentieren. Zurzeit befindet sich dieses Wissen ausschließlich im Kopf von Herrn Betz.

Rat Marc HANSEN (déi gréng): In Sachen Ausbildung gab es natürlich auch eine Evolution. Heutzutage braucht man eine Ausbildung als Techniker, um die Arbeiten zu bewältigen, die früher von Handwerkermeistern ausgeführt wurden.

Rat Lucien FUSULIER (LSAP): Handwerkermeister können zumindest Lehrlinge ausbilden.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Wir verfügen in einzelnen Bereichen über Handwerkermeister, so dass wir durchaus immer noch Lehrlinge ausbilden können.

Mit 11 JA-Stimmen (CSV, déi gréng, BIGK, DP, Unabhängig) gegen 4 NEIN-Stimmen (LSAP) wird die Schaffung des Postens genehmigt.

Punkt 15: Personalangelegenheiten – Reduzierung des Beschäftigungsgrades einer Erzieherin in den Maisons Relais.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Frau Carmen Reuland hat eine Reduzierung ihres Beschäftigungsgrades von 40 auf 20 Stunden pro Woche beantragt.

Einstimmiger Beschluss.

Punkt 16: Personalangelegenheiten – Erhöhung des Beschäftigungsgrades einer Erzieherin in den Maisons Relais.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Frau Céline Domingos Nascimento beantragt eine Erhöhung ihres Beschäftigungsgrades von 30 auf 40 Stunden pro Woche.

Einstimmiger Beschluss.

Punkt 17: Personalangelegenheiten – Zeitlich begrenzte Erhöhung des Beschäftigungsgrades eines Erziehers in den Maisons Relais.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Der Beschäftigungsgrad von Herrn Philippe Marx soll von 30 auf 40 Stunden pro Woche erhöht werden, dies für den Zeitraum des Mutterschaftsurlaubs von Frau Andreia De Jesus Oliveira.

Einstimmiger Beschluss.

Punkt 18: Nicht öffentliche Sitzung – Personalfragen in der Gemeindeverwaltung.

Gemäß den Bestimmungen des Gemeindegesetzes wurde dieser Punkt unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt.

Punkt 19: Nicht öffentliche Sitzung – Personalfragen in der Gemeindeverwaltung.

Gemäß den Bestimmungen des Gemeindegesetzes wurde dieser Punkt unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt.

Punkt 20: Nicht öffentliche Sitzung – Personalfragen in den Maisons Relais.

Gemäß den Bestimmungen des Gemeindegesetzes wurde dieser Punkt unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt.

Punkt 21: Nicht öffentliche Sitzung – Personalfragen in den Maisons Relais.

Gemäß den Bestimmungen des Gemeindegesetzes wurde dieser Punkt unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt.

Punkt 22: Fragen und Antworten.

Rat Arsène RUCKERT (LSAP): In der Gemeinde gibt es eine ganze Reihe an Holzbrücken, welche im Winter sehr rutschig und deshalb sehr gefährlich sind. Gibt es eine Möglichkeit, dem entgegenzuwirken?

Auf dem Feldweg zwischen Küntzig und Guerlange wird regelmäßig Unheil betrieben. Man sollte dies der Polizei melden. Auf dem Parking des Küntziger Fußballfeldes hat wieder jemand sich seines Abfalls entledigt.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Dieses Phänomen wurde vor zwei Wochen im Schöffenrat diskutiert und der technische Dienst damit beauftragt, eine Lösung zu finden.

Was den Feldweg angeht, geben wir dies weiter an die örtliche Polizei. Unsere technischen Mitarbeiter werden sich mit der Abfallbeseitigung beschäftigen und gegebenenfalls Anzeige bei der Polizei erstatten.

Rat Fred REUTER (LSAP): Stimmt es, dass es Probleme gibt mit dem Betreiber der „Brasserie Op der Gare“?

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Wir haben einen Vertrag mit der Brauerei, diese vermietet an den Betreiber. Es stimmt, dass wir der Brauerei mitgeteilt haben, dass wir unzufrieden sind, da wir eigentlich ein „Café-Restaurant“ dort haben wollten, und nicht ein regelrechtes Restaurant. Die Miete entspricht auch eher der eines Cafés. Nach meinen Informationen hat die Brauerei dem Pächter den Vertrag gekündigt und sucht nun einen geeigneten Betreiber. Uns ist es wichtig, dass prioritär ein Café dort betrieben wird, da Küntzig ohnehin nur zwei Cafés hat.

Rat Yves CRUCHTEN (LSAP): Bei der Verteilung der Umweltkalender gab es scheinbar Probleme. Viele Bürger haben keinen erhalten, andere haben dafür gleich mehrere in ihrem Briefkasten gefunden. Zwar kann man sich im Rathaus einen Kalender besorgen, doch ich würde vorschlagen, dass der Kalender mit der nächsten Ausgabe des Magazin noch einmal verteilt wird.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Das können wir tun.

Rat Nico FUNCK (DP): Ich muss regelmäßig feststellen, dass es erhebliche Parkprobleme am Niederkerschener Bahnhof gibt. Einige Automobilisten stellen ihre Fahrzeuge sogar auf dem Rasen ab. Ist eventuell ein Ausbau des Parkings in Planung?

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Die ganze Problematik entsteht eigentlich durch den Erfolg des öffentlichen Transports, da mehr Menschen davon profitieren, als es Stellplätze dort gibt. Das führt dazu, dass einige ihr Auto dort abstellen, wo es eigentlich nicht vorgesehen ist. Die Polizei war bereits öfters vor Ort, um Verwarnungen zu schreiben. Außerdem wird die Kapazität des Parkings dadurch reduziert, dass viele Arbeitnehmer der Industriezone ihr Fahrzeug dort abstellen, um sich die Fahrt über „Boulevard Kennedy“ und „avenue de Luxembourg“ zu ersparen.

Wir haben dem Transportminister vorgeschlagen, dass wir in der „Rue Continentale“ rund 40 weitere Parkplätze schaffen könnten und das Ministerium auf der Sassenheimer Seite die Möglichkeit eines Parkhauses studieren sollte.

Schöffin Josée-Anne SIEBENALER-THILL (déi gréng): Es wurde uns versichert, dass bis Ende des Jahres eine M-Box dort installiert wird. Diese ermöglicht das sorgenfreie Abstellen von Fahrrädern, was der Problematik vielleicht ein wenig entgegenwirkt.

Rat Lucien FUSULIER (LSAP): Die Fußgängerampel nahe der Einfahrt zur „Cité Bommelscheuer“ ist bereits seit einigen Wochen außer Betrieb. Gibt es dort ein besonderes Problem?

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Das kann ich derzeit nicht beantworten. Ich muss mich diesbezüglich bei unseren technischen Mitarbeitern erkundigen.

Rat Marc HANSEN (déi gréng): Ich möchte bemerken, dass die Gemeinde Käerjeng eine akzeptable Lösung gefunden hat, indem sie den Menschen erlaubt hat, während 30 Minuten ein Feuerwerk zur Jahreswende zu zünden, anstatt es komplett zu verbieten. Ich stelle allerdings fest, dass dies auch negative Auswirkungen hat. Beispielsweise mussten unsere Mitarbeiter auf dem Schulkampus „Op Acker“ am 1. Januar sehr viel Unrat beseitigen. An anderen Stellen wurde der Abfall zumindest in Tüten abgestellt, was noch zum Teil akzeptabel ist.

In der „Rue de Hautcharage“ ist derzeit wieder eine Ampel, die den Verkehr über die Baustelle regelt. Um zu gewährleisten, dass der Verkehr dort fließt, gilt ein Parkverbot auf den Abstellplätzen vor der Ampel, das jedoch nicht von jedermann eingehalten wird.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Die Arbeiten sollten Ende Januar beendet sein. Natürlich kann das sich durch Schneefall noch ein wenig verzögern.

Rätin Danielle SCHMIT (Unabhängig): Das gleiche zählt eigentlich auch für den oberen Teil der „Rue de la Résistance“. Wenn Autos entlang der Straße abgestellt werden, kommt es zum Verkehrschaos.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Wir werden dies weitergeben an unsere technische Dienststelle, um zu sehen, was wir dort machen können.

Ende der Sitzung: 16h15